Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5328

05. 10. 89

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Brauer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/4419 —

Maßnahmen gegen überhöhte Geschwindigkeiten durch Lastkraftwagen

A. Problem

Durch obligatorische Einführung von automatischen Geschwindigkeitsreglern und manipulationssicheren Fahrtenschreibern soll verhindert werden, daß LKW-Fahrer die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschreiten oder die Vorschriften über Lenkzeiten und Ruhezeiten verletzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages zum jetzigen Zeitpunkt. Es sollen EG-einheitliche Regelungen angestrebt werden.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Die Fraktion DIE GRÜNEN besteht auf unveränderter Annahme des Antrages. Die Fraktion der SPD hat dem Antrag zugestimmt.

D. Kosten

entfallen

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag in Drucksache 11/4419 abzulehnen.

Bonn, den 27. September 1989

Der Verkehrsausschuß

Dr. Jobst	**Börnsen (Bönstrup)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Börnsen (Bönstrup)

Der Antrag in Drucksache 11/4419 wurde in der 140. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. April 1989 dem Ausschuß für Verkehr federführend sowie dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Verkehr hat die Vorlage in seiner Sitzung am 27. September 1989 behandelt.

I. Ziele und Inhalt des Antrages

Die Antragsteller halten es im Interesse der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes für erforderlich, konkrete Maßnahmen gegen die überhöhte Geschwindigkeit von Lastkraftwagen auf Autobahnen und sonstigen Straßen zu treffen. Zu diesem Zweck schlagen sie die obligatorische Ausrüstung der Lastkraftwagen mit automatischen Geschwindigkeitsreglern vor; es sollen ferner manipulationssichere Fahrtenschreiber eingeführt werden. Außerdem sollen die polizeilichen Kontrollen auf allen Straßen verstärkt werden.

II. Verlauf der Ausschußberatungen

1. Die Vertreter der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP halten die Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen im nationalen Alleingang zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht für angebracht. Ein nationaler Alleingang würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen inländischen und ausländischen Lastkraftwagen führen. Die Bundesregierung strebt daher ein EG-einheitliches Vorgehen gegen Geschwindigkeitsüberschreitungen von Lastkraftwagen auf den Straßen innerhalb der Gemeinschaft an. Das Ergebnis dieser Bemühungen soll zunächst abgewartet werden. Wenn sich innerhalb der nächsten zwölf Monate keine konkreten Lösungsmöglichkeiten abzeichnen, kommen auch nach Ansicht der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP nationale Maßnahmen in Betracht. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß zum 1. Januar 1990 ein neuer Bußgeldkatalog in Kraft tritt, in dem wesentlich höhere Bußgelder für Geschwindigkeitsüberschreitungen vorgesehen sind.
2. Die Vertreter der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN im Ausschuß haben sich für Annahme des Antrages ausgesprochen. Sie halten einen weiteren zeitlichen Aufschub auch im Hinblick auf befürchtete Wettbewerbsverzerrungen nicht für vertretbar.

III. Mitberatende Stellungnahme, Beschlußempfehlung

1. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat im Wege der Mitberatung Ablehnung des Antrages empfohlen. Er hält allerdings Maßnahmen für notwendig, durch die auf bessere Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung für Lastkraftwagen hingewirkt wird.
2. Der Ausschuß für Verkehr empfiehlt mit Stimmenmehrheit Ablehnung des Antrages zum jetzigen Zeitpunkt.

Bonn, den 27. September 1989

Börnsen (Bönstrup)

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333